



Prof. Dr. Alexander Kritikos ist Forschungsdirektor am DIW Berlin
Der Beitrag gibt die Meinung des Autors wieder.

100 Tage Tsipras und kein Anfang

Es ging furios los, als die neue rechts-links-populistische Regierung in Griechenland die Geschäfte Ende Januar übernahm. Als Verhandlungstaktik wählte sie Konfrontation statt Kooperation und hatte es binnen Wochenfrist geschafft, alle europäischen Partner zu brüskieren. Ihr zweifelhaftes Ziel war es, eine „politische Lösung“ der griechischen Staatsschuldenkrise zu erzwingen, einen Schuldenerlass ohne weitere Reformen.

Hundert Tage später sieht die Bilanz verheerend aus. Zunächst ein Kommunikationsdesaster: Die griechischen Regierungsglieder haben sich so oft gegenseitig widersprochen, dass dem gesprochenen Wort der griechischen Regierung nicht mehr viel Glaubwürdigkeit beigemessen wird. Das wirkt sich ganz erheblich auf den Verhandlungsmarathon mit der Eurogruppe aus. Die will nun nicht nur Ankündigungen von Reformen, sondern eine Verabschiedung von Gesetzen im griechischen Parlament samt Vorschlägen für deren Umsetzung.

Gleichzeitig wurden in Griechenland nicht nur die Wiedereinstellung entlassener Staatsbeamter verkündet und der Privatisierungsprozess eingeschläfert, sondern auch verschiedene Abkommen mit Griechenlands Partnern auf den Prüfstand gestellt und de facto ausgesetzt – Stillstand also.

Aber das Tragischste von allem: Die eigentlich überwundene Schuldenkrise steht wieder im Vordergrund. Und das in einer Form, wie wir es in den vergangenen fünf Jahren nicht erlebt haben. Der Grexit oder, noch schlimmer, der Graccident, der ungeplante Ausstieg aus dem Euroraum, scheint zum Greifen nahe.

Die Wirtschaftsprognosen sagen nun für 2015 die Fortsetzung der Rezession voraus, nachdem sie noch vor vier Monaten überwunden schien. Auch der so oft herbeigeflehte staatliche Primärüberschuss wird sich nicht einstellen, sondern ein weiteres Primärdefizit.

Der Staat bezahlt keine Rechnungen mehr; wie sich das auf die Inlandsnachfrage und die vielen kleinen Unternehmen auswirkt, muss man nicht betonen. Private Investitionen

finden nicht statt, solange der Austritt aus dem Euro als Gespenst vor der Tür steht. Viele Griechen haben kein Vertrauen in ihre neue Regierung und haben ihre Gelder von den Banken abgezogen, die wiederum nur noch durch die Notkredite der EZB am Leben gehalten werden. Gleichzeitig hat die griechische Regierung in beispielloser Form alle Kassen geplündert, Rentenkassen, Sozialkassen, halbstaatliche Unternehmen und Kommunen, um die Staatspleite zu verhindern.

Solange die Regierung sich von einer Zahlung zur nächsten hangelt unter Auflösung der letzten Rücklagen, auf die sie eigentlich keinen Zugriff haben sollte, wird sich die wirtschaftliche Talfahrt des Landes fortsetzen. Mit dieser Politik befindet sich das private Wirtschaftsleben Griechenlands im Würgegriff einer perspektivlosen Partei, die nur von 36 Prozent gewählt wurde. Diese Regierung will nicht wahrhaben, dass sie mit ihrer Politik ein ganzes Land in den Abgrund reißt.

In solchen Situationen muss ein Befreiungsschlag her: Ein Referendum, in dem die griechische Bevölkerung gefragt wird, ob sie im Euro verbleiben möchte und den dafür notwendigen Strukturreformen zustimmt oder lieber unter Fortsetzung des alten Staatsdirigismus in die Drachme zurückkehren möchte. Vielleicht geht bei entsprechendem Ausgang des Referendums eine nächste Regierung das Aufräumen der missliebigen Zustände in Griechenland mit mehr Verve an.

Und die Eurogruppe? Auch hier ist Raum für Verbesserung, nicht nur inhaltlicher Natur, sondern auch in der Verfahrensweise mit dem Partnerland Griechenland. Irgendwann muss die Einsicht einsetzen, dass mit der Fortsetzung der gleichen Verhandlungstaktik und Verfahrensmuster, wie zuletzt in Brüssel, gegenüber Griechenland nicht viel zu holen ist.

Bis beide Seiten so weit sind, gilt es alles zu tun, dass Griechenland nicht versehentlich aus dem Euro rausrutscht. Diese Verantwortung haben Europas Politiker gegenüber der griechischen Bevölkerung, wenn schon die eigene Regierung mit ihrem Volk wenig konstruktiv umgeht.



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e.V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
82. Jahrgang

Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tomaso Duso
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Dr. Kati Krähnert
Prof. Dr. Lukas Menkhoff
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion

Sabine Fiedler
Dr. Kurt Geppert

Redaktion

Renate Bogdanovic
Andreas Harasser
Sebastian Kollmann
Dr. Claudia Lambert
Marie Kristin Marten
Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat

Dr. Franziska Bremus
Karl Brenke

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-89789-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74
77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. (01806) 14 00 50 25
20 Cent pro Anruf
ISSN 0012-1304

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.